

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Stanislaw Tillich bleibt
Ministerpräsident des
Freistaates Sachsen



Seite 5:
Die Mitglieder der
neuen Sächsischen
Staatsregierung



Seite 6:
25 Jahre friedliche
Revolution –
Ein Blick zurück

Ausgabe

9.14



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

Stanislaw Tillich wurde vom Sächsischen Landtag als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen wiedergewählt und hat den Abgeordneten die Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung vorgestellt.

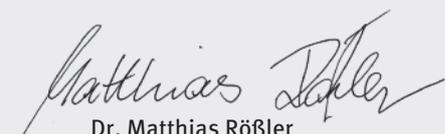
Nach der Aussprache und Beschlussfassung zur Geschäftsordnung, der Wahl der Vizepräsidenten und der Bildung der ständigen Ausschüsse geht der 6. Sächsische Landtag an die parlamentarische Arbeit.

Die vorliegende Ausgabe enthält zwei Aktuelle Debatten. Auf Antrag von CDU und SPD haben die Fraktionen auf 25 Jahre friedliche Revolution zurückgeblickt. DIE LINKE hat das Thema des Braunkohleabbaus in der Lausitz aufgegriffen und fordert, den Strukturwandel unverzüglich in Angriff zu nehmen. Fest steht, dass den Landtag sowohl das Thema der Energiewende als auch der regionalen Entwicklung auf intensive Weise beschäftigen wird. Politik für die Regionen ist Politik für Sachsen.

Die Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe »Sachsen und seine Regionen« hat den Landtag und seine Besucher seit dem vergangenen Jahr vom Vogtlandkreis auf dem Umweg über die Lausitz bis ins Weihnachtsland Erzgebirge geführt.

Damit hat dieses Hohe Haus den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen ein zentrales Podium in der Landeshauptstadt geboten, ihre Leistungen in Geschichte und Gegenwart den Dresdnern und ihren Gästen vorzustellen.

Seit Menschengedenken sind es die Regionen, die den Kraftquell und das Innovationsvermögen für die Erfolge in Wirtschaft und Politik, Kunst und Kultur, Tourismus und Sport in Sachsen gebildet haben. Sachsen und seine Regionen haben wechselseitig das geformt, was Sachsen auszeichnet: ein starkes Stück Deutschland dank starker Regionen. Sie – und nicht die städtischen Zentren allein – tragen zum Facettenreichtum unseres Landes bei. Sie bilden den Kraftquell sächsischer Identität und Tradition, der immer wieder Innovation zur Folge hat. Tradition und Innovation haben das Erzgebirge in seiner Geschichte geprägt und bilden heute die Voraussetzung dafür, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Die Bedeutung der Regionen wird vor allem in der Beratung und Verabschiedung zum Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 als Königsrecht des Parlaments zum Tragen kommen, über die in den nächsten Ausgaben des Landtagskuriers zu berichten sein wird.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

2. Sitzung des Sächsischen Landtags Stanislaw Tillich bleibt Ministerpräsident Andrea Dombois und Horst Wehner als Vizepräsidenten des Landtags wiedergewählt.....	4
3. Sitzung des Sächsischen Landtags Die Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung.....	5
3. Sitzung des Sächsischen Landtags 25 Jahre friedliche Revolution Fraktionen blickten auf die Ereignisse des Herbstes 1989 zurück.....	6
Lausitz nicht verkohlen DIE LINKE fordert Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!.....	7
Die Ausschüsse des Sächsischen Landtags.....	8

HINTERGRUND

Die Geschäftsordnung.....	10
---------------------------	----

JUGEND

»Wenn ich groß bin, möchte ich auch so reden können wie du.« Jugendliche wetteiferten beim 12. Jugend-Redeforum um den Sieg.....	12
---	----

SONDERTHEMA

Ein Wegbereiter der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit Christoph Wonneberger.....	16
---	----

AUSSTELLUNG

»Mehr als die Wiege der Männelmacher« Eröffnung der Ausstellung »Der Erzgebirgskreis – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat«.....	20
---	----

GESCHICHTE

Sächsische Landtagsgeschichte findet großen Zuspruch Landtagshistoriker präsentieren ihre Arbeit auf internationaler Tagung in Wien.....	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen.....	24
----------------------------	----

Stanislaw Tillich erneut sächsischer Ministerpräsident

// Dr. Matthias Röbeler und Stanislaw Tillich // Foto: S. Giersch

// Der neu gewählte Ministerpräsident Stanislaw Tillich empfing die Glückwünsche von Dr. Matthias Röbeler, Präsident des Sächsischen Landtags. In der 3. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags stellte er die Mitglieder seines Kabinetts vor. Von den insgesamt zehn Staatsministerien werden sieben von CDU- und drei von SPD-Mitgliedern geleitet (siehe Beitrag auf Seite 5). //

Stanislaw Tillich bleibt Ministerpräsident

Andrea Dombois und Horst Wehner als Vizepräsidenten des Landtags wiedergewählt



// Stanislaw Tillich //
Fotos: S. Giersch

Nachdem in der konstituierenden Sitzung am 29. September 2014 Dr. Matthias Rößler als Präsident des Sächsischen Landtags wiedergewählt worden war, wurde am 12. November 2014 auch Stanislaw Tillich mit den Stimmen von 74 Abgeordneten (bei 50 Nein-Stimmen und einer Enthaltung) erneut in sein Amt als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen gewählt. Nach Artikel 61 der Sächsischen Verfassung wurde er vom Landtagspräsidenten vereidigt. Den inhaltlich umfangreichsten Tagesordnungspunkt bildeten die Aussprache und Beschlussfassung zur Geschäftsordnung für die neue Legislaturperiode (lesen Sie dazu den Beitrag auf Seite 10).



// Horst Wehner gehört dem Sächsischen Landtag seit 2004 an und ist seit 2009 2. Vizepräsident. Als Abgeordneter der LINKEN hat er sich in Chemnitz immer wieder erfolgreich durchgesetzt. Er ist Landesverbandsvorsitzender des Sozialverbandes VdK Sachsen und ist unter anderem im Vorstand des Landesverbandes »Der Paritätische Sachsen« und im Chemnitzer Musikverein ehrenamtlich engagiert.

Zwei Vizepräsidenten

Anschließend wurden die Abgeordneten Andrea Dombois, CDU, und Horst Wehner, DIE LINKE, als Vizepräsidenten des Sächsischen Landtags wiedergewählt. Die Erste Vizepräsidentin, Andrea Dombois, konnte 91 Ja-Stimmen auf sich vereinigen.

Für Horst Wehner, der für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten kandidierte, stimmten 87 Abgeordnete. Gemäß der zuvor beschlossenen neuen Geschäftsordnung verfügt der 6. Sächsische Landtag über

2. Sitzung des Sächsischen Landtags

// In der 2. Sitzung des Sächsischen Landtags wurden der Ministerpräsident sowie die Vizepräsidenten des Landtags gewählt. Zudem wurde die Geschäftsordnung für die 6. Wahlperiode diskutiert und verabschiedet. //



// Andrea Dombois gehört dem Sächsischen Landtag seit 1990 an und ist seit 1994 Vizepräsidentin. Als Abgeordnete der CDU gewann sie ihr Direktmandat im Wahlkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge (früher Weißeritzkreis). Über ihre Aufgaben als Vertreterin des Präsidenten des Sächsischen Landtags hinaus ist sie unter anderem als Präsidentin der Europäischen Bewegung Sachsen und als Mitglied der Partnerschaft der Parlamente ehrenamtlich engagiert.

Elf Ausschüsse

Mit der Wahl von 28 Schriftführern und des Wahlprüfungsausschusses sowie der Bildung von elf ständigen Ausschüssen mit jeweils 18 Mitgliedern (außer Petitionsausschuss – 28 Mitglieder) hat der Landtag seine Arbeitsfähigkeit erreicht. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Europaausschusses, die verdeutlichte, dass die Abgeordneten dem Thema Europa auch in der parlamentarischen Arbeit ein stärkeres Gewicht geben wollen (lesen Sie auch den Beitrag »Die Ausschüsse des Sächsischen Landtags« auf Seite 8).

Der 6. Sächsische Landtag wird die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Sachsen jetzt bis ins Jahr 2019 wahrnehmen und als Gesetzgeber zugleich auch kritischer Partner und Kontrolleur der Regierung des Freistaates Sachsen sein.

zwei, statt wie in der 4. und 5. Legislaturperiode drei Vizepräsidenten, die als Vertreter des Landtagspräsidenten zusammen mit weiteren Landtagsmitgliedern das Präsidium bilden.





Foto: R. Deutscher

Die Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung

3. Sitzung des Sächsischen Landtags

○ Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie stellvertretender Ministerpräsident: Martin Dulig (SPD) wurde am 26. Februar 1974 in Plauen/Vogtland geboren. Er absolvierte eine Ausbildung zum Baufacharbeiter mit Abitur und arbeitete von 1992 bis 1998 als Jugendbildungsreferent der SPD Sachsen. Seit 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags, 2007 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

○ Staatsminister des Innern: Markus Ulbig (CDU), geboren 1964 in Zinnwald, war von 2009 bis 2014 Staatsminister des Innern. Nach neun Jahren in der Pirnaer Stadtverwaltung wechselte er 1999 ins Innenministerium. Von 2001 bis 2009 war er dann Oberbürgermeister der Stadt Pirna.

○ Staatsminister der Finanzen: Prof. Dr. Georg Unland (CDU) ist seit 18. Juni 2008 Sächsischer Staatsminister der Finanzen. Er wurde am 14. November 1953 in Bochohl geboren. 1993 erhielt er einen Ruf an die TU Bergaka-

// Nachdem der Sächsische Landtag am 12. November 2014 Stanislaw Tillich erneut zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt hatte, stand die Vorstellung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung auf der Tagesordnung der 3. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. November 2014. Sie sind von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller vereidigt worden. Hier die Kurzbiografien zu den berufenen Ministern. //

demie Freiberg als ordentlicher Professor für Maschinenbau. Ab 2000 war er Rektor der Bergakademie.

○ Staatsminister der Justiz: Sebastian Gemkow (CDU) wurde am 27. Juli 1978 in Leipzig geboren. Seit 2009 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags. Gemkow ist seit 2010 Präsident des Parlamentarischen Forums Mittel- und Osteuropa. In diesem Jahr wurde er zum Honorarkonsul von Estland für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bestellt.

○ Staatsministerin für Kultus: Brunhild Kurth (CDU) ist seit März 2012 Staatsministerin für Kultus. Frau Kurth wurde am 28. April 1954 in Burgstädt geboren. 2001 wechselte sie in das Staatsministerium für Kultus.

Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Dr. Eva-Maria Stange (SPD) war bereits von 2006 bis 2009 Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Sie wurde am 15. März 1957 in Mainz geboren. ○ Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz: Barbara Klepsch (CDU) wurde am 23. Juli 1965 in Annaberg-Buchholz geboren. Seit 2001 ist sie Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt.

○ Staatsministerin für Gleichstellung und Integration: Petra Köpping (SPD) wurde am 12. Juni 1958 in Nordhausen geboren. Nach dem Abitur studierte sie Staats- und Rechtswissenschaften. Von 2001 bis 2008 war sie Landrätin des Landkreises Leipziger Land. Bis zu ihrer ersten

Wahl in den Landtag 2009 arbeitete sie als Beraterin der Sächsischen Aufbaubank. ○ Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Thomas Schmidt (CDU) wurde am 7. März 1961 in Burgstädt geboren. Seit dem Jahr 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags. Schmidt ist im Ehrenamt unter anderem in der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, beim Sächsischen Landesbauernverband und der Initiative Südwestsachsen aktiv. ○ Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Dr. Fritz Jaeckel (CDU) wurde am 12. Juli 1963 in Flensburg geboren. Von 2008 bis 2010 war er Büroleiter des Ministerpräsidenten, anschließend leitete er in der Staatskanzlei die Abteilung für Ressortkoordinierung. Seit 2012 war er Staatssekretär im Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft.

[www.sachsen.de/assets/Koalitionsvertrag_CDU_SPD_2014-2019\(2\).pdf](http://www.sachsen.de/assets/Koalitionsvertrag_CDU_SPD_2014-2019(2).pdf)



// Unter dem Titel »25 Jahre friedliche Revolution« debattierten die Abgeordneten in der 3. Sitzung am 13. November 2014 über die Ereignisse des Herbstes 1989. Damals wurden Voraussetzungen für die deutsche Einheit und die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen geschaffen. //



3. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

25 Jahre friedliche Revolution

Fraktionen blickten auf die Ereignisse des Herbstes 1989 zurück

Uwe Nösner

Wie Marko Schiemann, CDU, erklärte, seien die Sachsen glücklich über den Herbst 1989 und stolz darauf, dass die Wiege der friedlichen Revolution in Sachsen gestanden habe. Mit festem Willen, Enthusiasmus und einer unglaublichen Aufbauleistung hätten die Sachsen das Land zu dem gemacht, was es heute sei: lebens- und liebenswert, mit vielen Perspektiven für alle, die hier lebten. Natürlich wäre der Aufbau nicht ohne die Unterstützung der alten Länder möglich gewesen.

Hanke Kliese, SPD, fragte, ob wir vergessen hätten, dass viele Sachsen auch Flüchtlinge gewesen seien. Sie schlug sie den Bogen zu den DDR-Flüchtlingen in der Prager Botschaft. Sie wünsche sich, dass wir den Flüchtlingen, die nach Sachsen kämen, mit derselben Offenheit und Hilfsbereitschaft begegneten, wie sie unseren Landsleuten in Prag widerfahren seien.

Verbrechen benennen

Enrico Stange, DIE LINKE, betonte, dass die Verbrechen der DDR auch weiterhin benannt, aufgeklärt und verurteilt werden müssten. Deshalb sei es richtig gewesen, dass sich die Rechtsvorgängerin seiner Partei, die SED, 1989 bei dem Volk der DDR entschuldigt und die Parteiführung der LINKEN dieses Bekenntnis zu einstigem Unrecht erneuert habe. Für eine kritische Perspektive sei aber auch wichtig, was vom Kerngedanken der friedlichen Revolution erhalten geblieben sei. Ein

Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution, so Dr. Frauke Petry, AfD, gebe es vermehrt Menschen, die der Meinung seien, dass kritische Inhalte, die nicht der Mehrheitsmeinung entsprächen, schon wieder ins Abseits gestellt würden. Diese Verhaltensweise der etablierten Parteien sei einer Demokratie nicht würdig. Eine Diffamierung von neuen politischen Gruppen, die für Pluralismus in der Gesellschaft stünden, dürfe es mit ihrer Partei nicht geben.

Verklärung beenden

Volkmar Zschocke, GRÜNE, plädierte dafür, 25 Jahre nach der friedlichen Revolution mit dem Verklären und Verleugnen aufzuhören. Wirkungsvoller könne Unrecht nicht aufgearbeitet werden als gemeinsam mit denen, die damals Verantwortung getragen hätten. Das sei kein Verrat an der Revolution und auch keine schleichende Rehabilitierung von ehemaligen Funktionären, sondern eine lebendige Fortsetzung des Auftrages von 1989. Abschließend forderte Ministerpräsident Stanislaw Tillich dazu auf, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nicht nur zu hüten, sondern auch zu verteidigen. Das Erinnern verpflichte die Mitglieder des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung gleichermaßen, den Geist der friedlichen Revolution zu bewahren. Es verpflichte auch dazu, ihre Werte selbst mit Leben zu erfüllen und an zukünftige Generationen weiterzugeben.

Uwe Nösner

Lausitz nicht verkohlen

DIE LINKE fordert
Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!

// Die zweite Aktuelle Debatte zur 3. Sitzung galt dem Kohleabbau in der Lausitz. Darin forderte DIE LINKE ein Ja zum Strukturwandel in der Region mit oder ohne den Kraftwerksbetreiber und Energielieferanten Vattenfall. //

In ihrem Eröffnungsbeitrag wies Jana Pinka, DIE LINKE, darauf hin, dass in der gesamten Lausitz mehr als 8.000 Arbeitsplätze vom Rückzug des schwedischen Energiekonzern Vattenfall aus dem Kohlegeschäft betroffen sein würden. Der damit verbundene Strukturwandel werde Solidarleistungen nicht nur in Millionen-, sondern in Milliardenhöhe erfordern, um langfristige neue und vergleichbar gute Arbeitsplätze schaffen zu können. Frank Heidan, CDU, warf der LINKEN vor, dass sie in Brandenburg zur Braunkohle stehe und sie auf der anderen Seite in Sachsen verteufele. Die Verhältnisse in der Lausitz hätten sich zudem schon in den letzten 25 Jahren deutlich geändert. DIE LINKE fordere jetzt einen Strukturwandel, der bereits vor einem Vierteljahrhundert mit der CDU-geführten Sächsischen Staatsregierung und dem Staatsministerium für

Wirtschaft und Arbeit vorangebracht worden sei und weiterhin vorangebracht werde.

Vattenfall in Verantwortung

Dirk Panter, SPD, verteidigte die Position der Bundesregierung. Siegmund Gabriel argumentiere zu Recht, dass die Braunkohle vor dem Hintergrund des Atomausstiegs zur Sicherstellung der Energiewende auch weiterhin gebraucht werde. Was Vattenfall betreffe, so trage dieser Konzern eine Verantwortung für die Region und die Menschen in der Lausitz und dürfe sich dieser Verantwortung jetzt nicht einfach entziehen. Nach Auffassung seiner Fraktion, so Jörg Urban, AfD, werde ein Ausstieg aus der Braunkohlenutzung die bestehenden strukturellen Probleme nicht lösen, sondern im Gegenteil noch ver-



3. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: © Pixler – Fotolia.de

stärken. Die Nutzung der Braunkohle sei derzeit für die Wirtschaft in der Lausitz und in ganz Sachsen unverzichtbar – mit oder ohne Vattenfall. Gedankenspiele über einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung lehne die AfD als unverantwortlich und wirtschaftsschädigend ab.

Überschussproduktion

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, rechnete vor, dass Sachsen heute doppelt so viel Kohlestrom produziere, als für die Aufrechterhaltung der Energieversorgungssicherheit gebraucht werde. Etwa 15 Milliarden Kilowatt-

stunden pro Jahr seien Überschuss und machten rund 50 Prozent des gesamten deutschen Exportüberschusses im Strombereich aus. Ohne Einstieg in den Ausstieg sei zumindest das Argument »Versorgungssicherheit« nicht glaubwürdig. Die Koalition, so Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, habe sich auf Ausbauziele für erneuerbare Energien verständigt, aber eine Energiewende mit einem doppelten Ausstieg werde nicht zu organisieren sein. Kernenergieausstieg und Kohleausstieg könnten nicht parallel in der gleichen Dimension vorgenommen werden. Das sei unverantwortlich.

// Dr. Jana Pinka

// Frank Heidan

// Dirk Panter

// Jörg Urban

// Dr. Gerd Lippold



Heiner Ridder

Die Ausschüsse des

// Wer »Landtag« hört und dabei an die Debatte im Plenum denkt, liegt natürlich richtig. Aber nur wenigen ist bewusst, dass die Plenardebatte am Ende einer ganzen Reihe von Arbeitssitzungen steht. Zuvor wird harte Arbeit in den Ausschüssen geleistet. //

Wie das Plenum und das Präsidium sind die Ausschüsse Organe des ganzen Parlaments. Sie werden vom Landtag gebildet. Zu Beginn der Legislaturperiode verständigen sich die Fraktionen darauf, wie viele Ausschüsse und Gremien eingesetzt werden, welche Aufgabengebiete sie erhalten und wie viele Mitglieder sie zählen sollen. Dabei wird zwischen den ständigen Ausschüssen, möglichen Untersuchungsausschüssen und anderen Gremien unterschieden. Von den Landtagsausschüssen werden alle Felder der Landespolitik abgedeckt. Die Anzahl und die Aufgabengebiete der Ausschüsse folgen im Wesentlichen der Ressortverteilung bei der Regierung. Dies resultiert aus dem Grundgedanken der Regierungskontrolle durch das Parlament.

In den Ausschüssen kommen die Abgeordneten entsprechend dem Stärkeverhältnis ihrer Fraktionen zusammen. Die Zusammensetzung der Mitglieder spiegelt somit die Mehrheitsverhältnisse des Landtags wider. Jeder Ausschuss besteht aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter des Vorsitzenden sowie einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern, die ebenfalls Stellvertreter haben.

Verteilung nach Stärkeverhältnis

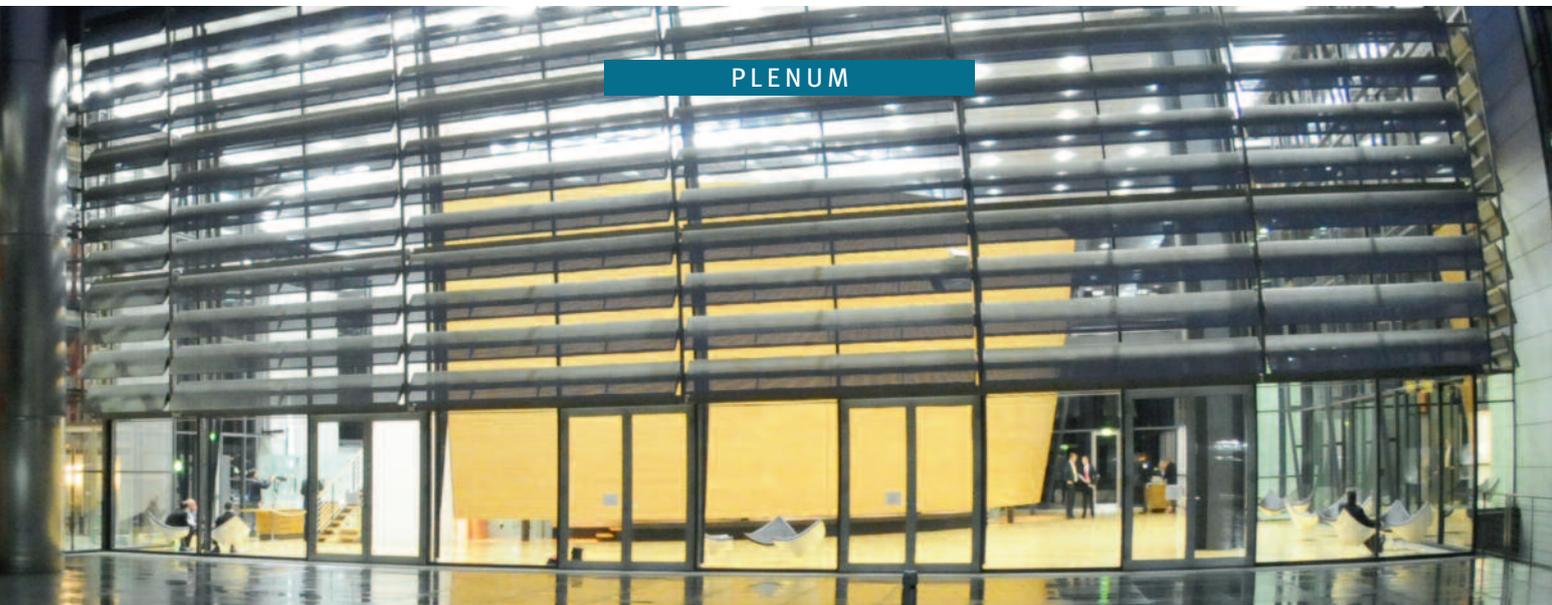
Welche Fraktion den Vorsitz für einen Ausschuss erhält und wie viele Plätze einer Fraktion zustehen wird streng nach Proporz geregelt. Große Fraktionen stellen mehr Vorsitzende und bekommen mehr Sitze



im Ausschuss als kleine. Dazu werden für die Ausschuss- und Gremienbesetzungen Rangordnungen nach einem vom belgischen Mathematiker Viktor d'Hondt 1882 entwickelten Verfahren berechnet. In einem Ausschuss mit beispielsweise 18 Mitgliedern würden demnach die CDU-Fraktion neun Mitglieder, die Fraktion DIE LINKE vier Mitglieder, die SPD-Fraktion drei Mitglieder, die Fraktion AfD zwei Mitglieder und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Mitglied stellen. Dies geschieht, um das Kräfteverhältnis, das sich aus dem Ergebnis der Landtagswahl ergibt, zu gewährleisten. So greift die Wählerentscheidung bis in jeden Ausschuss durch.

Ausschusssitzungen

Die Ausschüsse tagen – abgesehen von Sondersitzungen – einmal monatlich in der Ausschusswoche. Geleitet wird die Sitzung vom Ausschussvorsitzenden, der zuvor die Mitglieder zur Sitzung einlädt und die Tagesordnung festsetzt. Vom Ausschussvorsitzenden wird erwartet, dass er sein Amt überparteilich ausübt und die Interessen des Ausschusses im Gesamtparlament vertritt.



Fotos: S. Giersch

Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de

Als vorbereitende Beschlussorgane haben die Fachausschüsse die Aufgabe, die vom Präsidenten überwiesenen Anträge, Unterrichtungen und Gesetzentwürfe zu beraten und Beschlussempfehlungen für das Plenum zu erarbeiten. Berühren Beratungsgegenstände nicht nur einen, sondern mehrere Fachausschüsse, so wird vom Präsidenten des Sächsischen Landtags ein »federführender« Ausschuss neben den »mitberatenden« Ausschüssen bestimmt.

Die Ausschüsse beraten in der Regel hinter verschlossenen Türen, weil sich nicht alles öffentlich erörtern lässt und die Diskussionen sachlich und nicht wie beim Plenum publikumswirksam verlaufen sollen. Die Fachminister der Staatsregierung nehmen an den Sitzungen teil, informieren die Abgeordneten über aktuelle Entwicklungen in ihrem Ressort und beantworten Nachfragen. Zu ihrer Unterstützung bringen sie Staatssekretäre, Abteilungsleiter oder sachlich zuständige Referenten ihres Ministeriums mit, die bei Detailfragen Rede und Antwort stehen können.

Um zu einem Beratungsgegenstand Meinungen von Sachverständigen oder Betroffenen einzuholen, kann ein Ausschuss öffentliche Anhörungen durchführen. Dabei hat jede Fraktion das Recht, entsprechend ihrem Stärkeverhältnis im Landtag eine Anzahl von Ex-

perten einzuladen. Die stenografischen Protokolle der Anhörungen werden vom Stenografischen Dienst der Landtagsverwaltung gefertigt und sind öffentlich zugänglich.

Für jede Vorlage, die für das Plenum gefertigt wird, bestimmt der Ausschuss einen Berichterstatter aus seiner Mitte, der die Verantwortung für die Erstellung des Berichts und der Beschlussempfehlung für das Plenum hat. Berühren Beratungsgegenstände nicht nur einen, sondern mehrere Ausschüsse, muss der Bericht die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses enthalten.

Neben dieser Pflicht zur Befassung mit den überwiesenen Vorlagen haben die Ausschüsse auch ein eingeschränktes Selbstbefassungsrecht. Das bedeutet, dass die Gremien nicht darauf warten müssen, dass ihnen bestimmte Angelegenheiten zur Beratung überwiesen werden. Sie können sich auf eigene Initiative mit Vorgängen und Problemen aus ihrem Fachbereich beschäftigen. Das stärkt die parlamentarische Kontrolle, da somit die Fachausschüsse über die Arbeit und Pläne der Fachministerien Informationen anfordern und Nachfragen stellen können.

ständige Ausschüsse



1. Verfassungs- und Rechtsausschuss mit 18 Mitgliedern
2. Haushalts- und Finanzausschuss mit 18 Mitgliedern
3. Ausschuss für Schule und Sport mit 18 Mitgliedern
4. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit 18 Mitgliedern
5. Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft mit 18 Mitgliedern
6. Innenausschuss mit 18 Mitgliedern
7. Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration mit 18 Mitgliedern
8. Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien mit 18 Mitgliedern
9. Europaausschuss mit 18 Mitgliedern
10. Petitionsausschuss mit 28 Mitgliedern
11. Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten mit 18 Mitgliedern

Unterstützung durch die Landtagsverwaltung

Damit die Verfahren reibungslos funktionieren, werden jedem Ausschuss von der Landtagsverwaltung ein Mitarbeiter des Juristischen Dienstes und ein Ausschussesekretariat an die Seite gestellt. Die Mitarbeiter des Juristischen Dienstes stehen den Abgeordneten vor oder während der Sitzung bei der Klärung von juristischen Fragen, etwa zur Auslegung der Geschäftsordnung des Landtags, hilfreich zur Seite. Die Ausschussesekretariate sind zuständig für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen und unterstützen den Vorsitzenden bei der Leitung der Beratung. Hierzu gehört neben der Organisation von Sitzungen, der Vervollständigung von Unterlagen und der Einladung von Sachverständigen auch die Erstellung von Entwürfen für die Sitzungsprotokolle sowie für Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses an den Landtag.



Thomas Gey

Die Geschäftsordnung

// Das Recht des Parlaments, seine Geschäftsordnung ohne Einflussnahme von Staatsoberhaupt oder Regierung selbst zu bestimmen, wird Geschäftsordnungsautonomie genannt. Sie ist für den Sächsischen Landtag im Artikel 46 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung verankert. //

Über weite Strecken füllt die Geschäftsordnung nur jenen Rahmen aus, den die Verfassung in ihren zwanzig den Landtag betreffenden Artikeln vorzeichnet. Deshalb wird sie auch als ergänzendes Verfassungsrecht charakterisiert. Sie hat jedoch nicht den Rang eines Gesetzes, sondern ist eine autonome Satzung, die grundsätzlich nur die Abgeordneten bindet.

In seiner konstituierenden Sitzung beschließt der Landtag regelmäßig die für eine Wahlperiode geltende Geschäftsordnung. Dabei wird in der Regel die Geschäftsordnung der vorangegangenen Wahlperiode mit wenigen Änderungen übernommen. Zum Schutz der parlamentarischen Minderheit vor willkürlichen Geschäftsordnungsänderungen in der laufenden Wahlperiode durch eine Mehrheit bedarf im Sächsischen Landtag ein entsprechender Änderungsbeschluss anschließend der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtags.

In seiner Geschäftsordnung regelt der Landtag die Organisation und den Ablauf der ihm obliegenden Geschäfte. Die Geschäftsordnung ist sozusagen die Seele des parlamentarischen Geschäfts. Erfolgreiche Parlamentsarbeit ist ohne genaue Kenntnis der Geschäftsordnung nicht möglich.

Geschäftsordnung mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet

Die Geschäftsordnung des Landtags des Freistaates Sachsen (GO), so der genaue Titel, für die 6. Wahlperiode wurde diesmal erst in der 2. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags am 12. November 2014 mit der Mehrheit von mehr als zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtags beschlossen. Zuvor hatte der Landtag in seiner konstituierenden Sitzung am 29. September 2014 die Geschäftsordnung der 5. Wahlperiode vorübergehend in Kraft gesetzt, da die Arbeit eines Parlaments zwingend einer Vielzahl von Regelungen bedarf.

Die neue Geschäftsordnung umfasst 123 Paragraphen und 6 Anlagen. Inhaltlich folgt das Regelwerk der vorhergehenden Geschäftsordnung, enthält aber auch einige Neuerungen.

So wurde die Zahl der Vizepräsidenten von drei auf zwei reduziert. Der Rat für Sorbische Angelegenheiten, der zu Beginn einer Wahlperiode vom Landtag gewählt wird, ist nun in der Geschäftsordnung verankert.

Neu: Befragung von Staatsministern

Eine wichtige Neuerung ist die Einführung einer Befragung der Staatsminister, die künftig jeweils am zweiten Plenartag im Anschluss an die Aktuelle Stunde für die Dauer einer Dreiviertelstunde stattfindet. Zu Beginn der Befragung erhält

ein Staatsminister auf sein Verlangen bis zu zehn Minuten das Wort, um über ein von der Staatsregierung benanntes Thema von aktuellem Interesse, vorrangig aus den vorangegangenen Sitzungen der Staatsregierung, zu berichten. Im Anschluss erhalten die Fraktionen für einen Zeitraum von insgesamt 35 Minuten in wechselnder Folge Gelegenheit, Fragen zu diesem und einem weiteren von einer Fraktion in wechselnder Folge zu bestimmenden Thema zu stellen. Das von einer Fraktion zu benennende Thema soll von aktuellem Interesse, vorrangig aus den von der Staatsregierung öffentlich gemachten Themen ihrer vorangegangenen Sitzungen sein und den Bereich des Staatsministers betreffen, der für das von der Staatsregierung nach Satz 1 benannte Thema zuständig ist. Die Zukunft wird zeigen, ob sich dieses Instrument der Regierungskontrolle in der Praxis bewährt.

Alle diese Veränderungen sollen einer Straffung der Plenarsitzungen dienen und eine größere Lebendigkeit der Debatten erzeugen und damit das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den Sitzungen des Landtags erhöhen.

Um die Sitzungen des Landtags nicht weiter auszudehnen, wurde im Gegenzug die Fragestunde von ursprünglich einer auf eine halbe Stunde verkürzt. Auf die Bestimmung, dass Sitzungen des Landtags nicht über 21:00 Uhr ausgedehnt werden sollen, wurde aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Wahlperiode verzichtet.

Die Forderung einiger Fraktionen, künftig die Sitzungen der Ausschüsse grundsätzlich öffentlich durchzuführen, wurde von der Mehrheit mit dem Argument abgelehnt, dass damit eine unbefangene Sach- und Fachdiskussion in den Ausschüssen nicht mehr gewährleistet sei und die Gefahr von sogenannten »Schaufens-terreden« an das anwesende Publikum entstehe.

Mehr Transparenz

Stark überarbeitet wurden die sogenannten Verhaltensregeln für die Mitglieder des Sächsischen Landtags in der Anlage 1. Diese Verhaltensregeln bestimmen, welche Angaben über ausgeübte Berufe und andere vergütete oder auch ehrenamtlich ausgeübte Tätigkeiten gegenüber dem Landtagspräsidenten zur Veröffentlichung im Volkshandbuch und im Internetauftritt angezeigt werden müssen. Art und Höhe der Einkünfte für Nebentätigkeiten müssen dabei in einem Drei-Stufen-System angegeben werden. Mit dieser Neufassung der Verhaltensregeln orientiert sich der Sächsische Landtag stark an dem entsprechenden Regelwerk des Deutschen Bundestags und erhöht die Transparenz der Einkommensverhältnisse und Interessensverknüpfungen der Abgeordneten.



www.landtag.sachsen.de

12. Jugend-Rede forum mit weiter gestiegenem Leistungsniveau

Foto: S. Füssel

// Beim 12. Jugend-Rede forum demonstrierten 36 Teilnehmer ihr rhetorisches Können. Die Diskutanten beeindruckten die hochkarätig besetzte Jury durch Argumentationsstärke und Ausdrucksfähigkeit. Erstmals wurde dem Sieger des Wettbewerbs – diesmal Dennis-Dominik Rosmus aus Elsterwerda – ein Pokal verliehen. //

12. Jugend-RedeForum Dresden

09:30 – 19:00 Uhr
Plenarsaal

Fotos: S. Füssel

Toni Willkommen

»Wenn ich groß bin, möchte ich

// Am 8. November 2014 bot der Sächsische Landtag jungen Debattierkünstlern im Rahmen des Jugend-Redeforums erneut die Möglichkeit, ihre rhetorischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Der Redewettstreit fand dieses Jahr nunmehr zum 12. Mal statt. //

Im Plenarsaal des Sächsischen Landtags ist eine leichte Anspannung zu spüren, als der Juryvorsitzende Dr. Vazrik Bazil, Präsident des Verbandes der Redenschreiber deutscher Sprache (VRdS), nach einem aufregenden und ereignisreichen Tag an das Rednerpult tritt. Vor ihm steht der gläserne Pokal für den Gewinner des Jugend-Redeforums, der dieses Jahr zum ersten Mal verliehen wird. Nachdem er sich für die hervorragenden Leistungen aller Beteiligten bedankt hat, resümiert Bazil: »Die Qualität der Einzelreden ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren gestiegen.«

Der diesjährige Gewinner überzeugte die Jury zudem mit seiner hervorragenden sprachlichen Varianz, der strukturierten Sprachweise und dem Beziehen klarer Positionen. Damit sicherte sich Dennis-Dominik Rosmus (Elsterschloss-Gymnasium, Elsterwerda) den begehrten Pokal und wurde, mit einem Augenzwinkern, von Jurymitglied Peter Stawowy mit den Worten »Wenn ich groß bin, möchte ich auch so reden können wie du« gelobt.

Streit über Streik

Bis dahin war es ein weiter Weg. In einer ersten Runde am Vormittag mussten alle 36 Teilnehmer in Gruppendiskussionen ihr rhetorisches Können demonstrieren. Je sechs Schülerinnen und Schüler wurden, entsprechend ihrem Alter, in Gruppen eingeteilt und mussten über



Jugendliche wetteiferten beim 12. Jugend-Redeforum um den Sieg



Impressionen

auch so reden können wie du.«

ein nur kurz vorher bekannt gegebenes Thema 15 Minuten lang debattieren. Zu einem wahren Wortgefecht kam es bei der Fragestellung »Asylpolitik: Sollen wir mehr Flüchtlinge aufnehmen?«, bei dem Befürworter die Lebensbedingungen in Kriegsgebieten anprangerten und an die Menschlichkeit ihrer Mitdebattierer appellierten. Vertreter oppositioneller Meinungen forderten zunächst eine geordnete Asylpolitik für die bereits in Deutschland lebenden Flüchtlinge.

Mit »Stellt euch vor, unsere Lehrer würden 100 Tage streiken« eröffnete ein Jugendlicher die Diskussion über den Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und erntete bestätigendes Kopfnicken der im Plenarsaal anwesenden Pädagogen. Zudem wurden die gravierenden Folgen für die gesamte Wirtschaft erörtert. Die Befürworter des Streiks reagierten allerdings argumentationssicher mit dessen zentraler Bedeutung als Grundrecht.

Da alle Themen einen aktuellen Bezug aufwiesen, bildeten sie die Grundlage für sehr lebhaft und fundierte, teilweise aber auch emotionale Debatten. Bereits in dieser Runde bewiesen die Jugendlichen eine bemerkenswerte rhetorische Qualität, verbunden mit gezielt eingesetztem Hintergrundwissen und einer ausgeprägten Fähigkeit zum Miteinander-Reden. Dass dies vor allem auch auf politischer Ebene bedeutend sei, betonte auch Andrea Dombois, 1. Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, bei ihrer Begrüßungsrede: »Politische Rhetorik, Diskurs und Dialogfähigkeit zählen zu den geistigen Fundamenten der parlamentarischen Demokratie.«





Fotos: S. Füssel

Sprechen und Zuhören

Der hochkarätig besetzten Jury wurde die schwierige Aufgabe zuteil, die besten drei Redner aus jeder Gruppe zu benennen und sie somit für die Runde der Einzelvorträge zu nominieren. Bewertet wurden zum einen Argumentationsstärke und Ausdrucksfähigkeit, aber auch Körpersprache und soziale Kompetenzen innerhalb der Diskussion. Wie Jurymitglied Annette Binnerer von der Sächsischen Zeitung anmerkte, wichtete jeder Juror die Kriterien unterschiedlich stark, sodass es zu äußerst konträren Meinungen innerhalb der Jury selbst kam. Nicht immer überzeugte der Teilnehmer, der auch den größten Redeanteil hatte, denn laut Dr. Vazrik Bazil ist Sprechen nicht alles – auch Zuhören ist entscheidend. Der hohen Qualität der Debatten geschuldet, schafften es letzten Endes 22 statt der ursprünglich geplanten 18 Kandidaten in die zweite Runde.

Nachdem die erste Hürde genommen und die Anfangsnervosität besiegt war, verwandelte sich der sonst so seriös wirkende Plenarsaal in eine Bühne für die Rock 'n' Roll-Band »East Wing«. Diese Unterbrechung bot den Schülerinnen und Schülern, die aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg zusammengekommen waren, die Möglichkeit, sich besser kennenzulernen und in lockerer Atmosphäre ins Gespräch zu kommen. So wurden aus anfänglichen Konkurrenten bald Mitstreiter, denen man in der Runde der Einzelvorträge die Daumen drückte.

Impressionen





Es wurde viel zitiert in dieser Runde der dreiminütigen Einzelreden, für welche die Besten der Vorrunde fünf Minuten Vorbereitungszeit hatten. Von J. F. Kennedy über Angela Merkel bis hin zur »Allzweckwaffe« Goethe. Gekonnt wurden Sprechpausen eingelegt, um die vorausgeschickten Worte wirken zu lassen, oder ab und an der Arm in die Luft gehoben, um das Gesagte zu unterstreichen. Es wurde politisch (»ISIS ist nicht mit Waffen zu stoppen.«), es wurde humorvoll (»Sie können sicher sein, dass Sie eine gute Jugend erzogen haben.«) und es wurde nachdenklich (»Waren Goethe und Schiller nicht auch nur Freidenker, die versucht haben, die Gesellschaft zu verändern?«).



Neben Dennis-Dominik Rosmus überzeugte besonders Ann-Sophie Paschke (Humboldt-Gymnasium Radeberg), die mit ihrer Rede zum Thema »Alles gut: Wer vertritt die Interessen der Jugendlichen« den 3. Platz knapp hinter Leon Blankenstein (Goethe-Gymnasium Bischofswerda) mit dem Thema »Edward Snowden: Held oder Veräter?« belegte.

Redner der Zukunft



Nachdem die letzte Urkunde überreicht, das Siegerfoto geschossen und der große Dank an alle Teilnehmer, Organisatoren und Beteiligten ausgesprochen war, blieben am Ende dieses ereignisreichen Tages drei »wesentliche« Erkenntnisse. Zum einen, wie Andrea Dombois zu verstehen gab, wird über die Zukunft der Redner und die Redner der Zukunft nicht erst an den Universitäten, sondern bereits an den Schulen entschieden. Zum anderen, so Dr. Vazrik Bazil, macht nicht die Übung den Meister, sondern vor allem die richtige Übung. Und schließlich, so lehrte uns ein jugendlicher Teilnehmer und sorgte mit einem Augenzwinkern für die Allegorie des Tages: »Den aktuellen Streik der Bahn kann man schon als Ballast bezeichnen. Aber braucht der menschliche Körper nicht auch Ballaststoffe, um zu funktionieren?«



Fotos: S. Giersch

// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir unter der Rubrik »Zur Person« an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in Ausgabe 5/14 eröffnet. //

Christoph Wonneberger, wegen seiner unerschrockenen Haltung bei den Leipziger Friedensgebeten und den Montagsdemonstrationen eine der ganz entscheidenden Personen für den Umbruch in der DDR, ist vielen nicht bekannt, auch deshalb, weil er durch seinen schweren Hirninfarkt im Oktober 1989 jahrelang die Öffentlichkeit meiden musste. In den letzten Jahren, mittlerweile mit zahlreichen Auszeichnungen bedacht, erhöhte sich sein Bekanntheitsgrad, da Zeitzeugen und Journalisten seine tragende Rolle herausstellten.

Wirken als Pastor

Geboren am 5. März 1944 im erzgebirgischen Wiesa, studierte Christoph Wonneberger, kein FDJ-Mitglied und Sohn eines Pfarrers, nach einer Lehre als Maschinenschlosser evangelische Theologie in Leipzig und Rostock. Er nahm regen Anteil an der Entwicklung des »Reformkommunismus« in der Tschechoslowakei, wo er im August 1968 die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes miterleben musste. Nach dem Abschluss des Theologiestudiums 1970 folgte ein

Vikariat in Wurzen bei Leipzig. Seine Stationen als Pfarrer führten ihn nach Leipzig-Möckern, Taucha und – ab 1977 – in die Dresdner Weinbergsgemeinde. Dort rief er 1981 die Initiative »Sozialer Friedensdienst«, gedacht als Alternative zum Wehrdienst, ins Leben und verlas 1982 in der Kirche den »Berliner Appell« der Oppositionellen Rainer Eppelmann und Robert Havemann. In dem Appell war vom Abzug der alliierten Truppen aus beiden deutschen Staaten die Rede.

1985 folgte auf eigenen Wunsch die Versetzung nach

Leipzig-Volkmarsdorf an die Lukaskirche. Der von der Staatssicherheit Überwachte koordinierte ab 1986 die Friedensgebete, aus denen später die Montagsdemonstrationen hervorgingen, und die Gründung der kirchlichen Arbeitsgruppe Menschenrechte im Jahr 1987 ist mit seinem Namen verbunden. Wonneberger lud den Protestsänger Stephan Krawczyk in die Lukas-Gemeinde zu einem Konzert ein. Die Kirchenleitung unter dem Superintendenten Friedrich Magirus distanzierte sich von dem als renitent Empfundenen im August 1988 und

Ein Wegbereiter der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Christoph Wonneberger



// Karte von Mail-Art-Sammler Steffen Giersch

untersagte ihm die Gestaltung der Friedensgebete. Doch Wonneberger gelang es bald, wieder an den Friedensgebeten aktiv mitzuwirken.

Wonnebergers Rolle im Herbst 1989

Strikt und stets befürwortete der charismatische Wonneberger, orientiert an Mahatma Gandhi und an Martin Luther King, das Prinzip der Gewaltfreiheit. So hieß es in seiner Predigt im Vorfeld der Leipziger Montagsde-



monstration am 25. September 1989: »Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat bald selbst keine Fluchtwege mehr. [...] Deshalb müssen wir, die wir hier versammelt sind, strikt das Prinzip der Gewaltlosigkeit vertreten. Das gilt auch gegenüber Provokateuren, die in unseren Reihen sind.« Die SED versuchte, den Pastor einzuschüchtern, doch dieser setzte seine Aktivitäten unvermindert fort.

Wonneberger, Anhänger eines »demokratischen Sozialismus«, hat sich während der friedlichen Revolution überanstrengt. Er gab am für die friedliche Revolution entscheidenden 9. Oktober 1989 den »Tagesthemen« ein Telefoninterview und berichtete vom friedlichen Demonstrationzug der 70.000 in Leipzig. Um Repressionen vorzubeugen, war ihm stets an einer breiten Information der Öffentlichkeit gelegen. An diesem Tag verfasste er mit Vertre-

tern der Arbeitsgruppe Menschenrechte, mit Repräsentanten des Arbeitskreises Gerechtigkeit, mit Leuten aus der Arbeitsgruppe Umweltschutz und mit Personen aus dem Arbeitskreis Abgrenzung und Öffnung einen weit weniger bekannten Appell, als dies der »Aufruf der Sechs« war (u. a. vom Gewandhaus-Kapellmeister Kurt Masur und dem SED-Bezirkssekretär Roland Wötzel). In dem Appell Wonnebergers und anderen heißt es – gesperrt gedruckt: »Wir sind das Volk«. Allerdings bezieht sich der Satz nicht auf die deutsche Einheit, sondern auf Demonstranten und Einsatzkräfte des Staates gleichermaßen. Gewalt sollte um jeden Preis vermieden werden.

Eine böse Ironie des Schicksals: Ausgerechnet, als die diktatorische DDR am Ende war, erlitt Wonneberger, 45-jährig, am 30. Oktober 1989 einen schweren Hirninfarkt, der ihm



Foto: S. Giersch

die Sprache raubte, die später mühsam wiederzuerlernen war. Deswegen konnte er den weiteren Verlauf des Geschehens nicht mehr prägen. Doch eine Tätigkeit als Politiker kam für ihn ohnehin nicht infrage.

1991 versetzte die Kirchenleitung ihn in den Ruhestand, wohl gegen seinen Willen. Da der Genesungsprozess sich lange hinzog, trat er erst in den

letzten Jahren wieder verstärkt in der Öffentlichkeit auf.

»Wonni«, wie ihn seine Freunde nannten, hat es sich nicht leicht gemacht, und er zeigte mitunter Züge eines Querkopfes. Vielleicht erklärt der folgende Umstand seine Motivation: Nachdem er als Student im jugendlichen Leichtsinn eine Antenne entwendet hatte, setzte ihn die Staatssi-

cherheit unter Druck, die Exmatrikulation androhend. Die Verpflichtungserklärung für das Ministerium für Staatssicherheit zog Wonneberger Anfang 1969 wieder zurück, ohne dass dieses viel von ihm erfahren hätte. Er gehörte fortan zu jener Gruppe von Oppositionellen, die den Sturz der SED-Diktatur wollte, nicht aber die deutsche Einheit anstrebte.

Ehrungen

Im April 2014 erhielt Christoph Wonneberger, dem bereits 1994 das Bundesverdienstkreuz zuerkannt wurde, den von der überparteilichen Deutschen Nationalstiftung verliehenen Deutschen Nationalpreis gemeinsam mit Christian Führer und Uwe Schwabe zur Erinnerung an die Leipziger Montagsdemonstrationen. Von Wonneberger, einem Mann des Wortes, gibt es einzelne kleinere Texte und eine Reihe von Interviews nach der friedlichen Revolution. Hingegen ist die Zahl der Aufsätze über ihn beträchtlich. Sogar zwei Bücher nur über ihn sind erschienen. Zuletzt hat er am 7. November 2014 den Preis der Deutschen Gesellschaft für Verdienste um die deutsche und europäische Verständigung verliehen bekommen.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

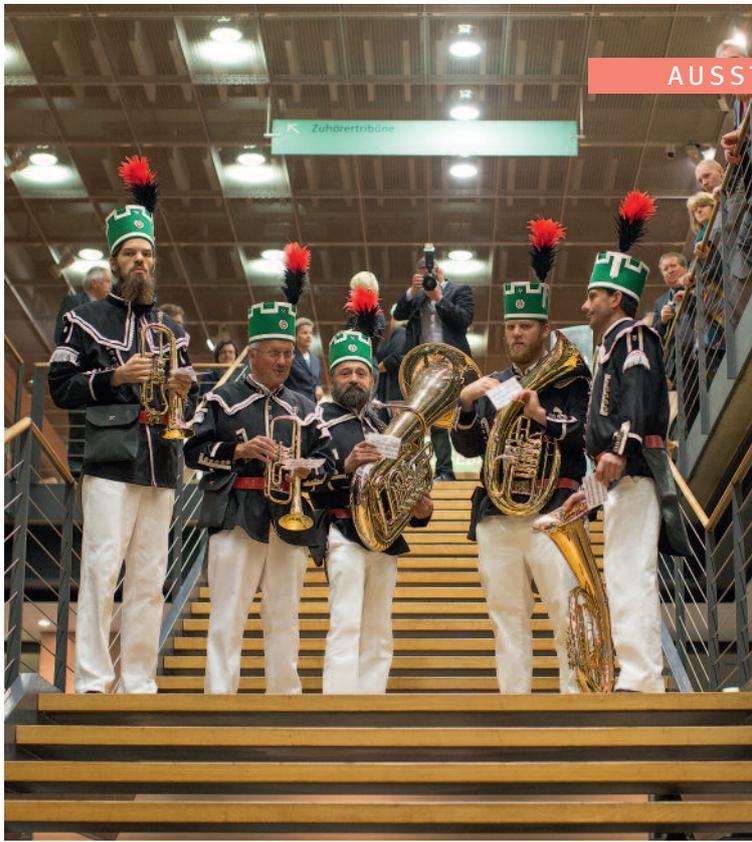
Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische System, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

Literatur:
Thomas Mayer, Der nicht aufgibt. Christoph Wonneberger – eine Biographie, Leipzig 2014;
Andreas Peter Pausch, Widerstehen. Pfarrer Christoph Wonneberger, Berlin 2014.

Ausstellung zum Erzgebirge und seinen Schätzen

Foto: O. Killig

// Die Ausstellungsreihe »Sachsen und seine Regionen – voller Reichtum, voller Herz« wird mit der Präsentation des Erzgebirges im Sächsischen Landtag fortgesetzt. Unter dem Thema »Der Erzgebirgskreis – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat« stellt sich der Landkreis Erzgebirge als überaus vielseitige Region mit Handwerk, Industrie und reichen Kulturtraditionen vor. //



Fotos: O. Killig

// Ein musikalischer Gruß des Bergmannsorchesters Kurbad Schlema, der Glanz heimelig leuchtender Schwibbbögen in den Fenstern und ein kulinarisches Willkommen des Stollenverbandes – so stimmungsvoll begrüßten die Erzgebirgler die Gäste zur Eröffnung der Ausstellung des Erzgebirgskreises im Sächsischen Landtag. Die Präsentation ist Teil der Ausstellungsreihe »Sachsen und seine Regionen – voller Reichtum, voller Herz!«. //

Katja Ciesluk

»Mehr als die Wiege

Eröffnung der Ausstellung »Der Erzgebirgskreis – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat«

Weihnachtsland und mehr

»Das Erzgebirge ist das Weihnachtsland an sich«, betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler gleich zu Beginn seines Grußwortes. »Schwibbbögen und Räuchermännchen, Nussknacker und Weihnachtspyramiden haben das Erzgebirge weltweit bekannt gemacht.« Natürlich sei es deshalb kein Zufall, dass sich der Erzgebirgskreis gerade rund um die Ad-

ventszeit im Sächsischen Landtag vorstelle.

»Heute sind dort Handwerk, Industrie, Dienstleistung, Landwirtschaft und Tourismus gleichermaßen vertreten, die durch eine einzigartige Kulturlandschaft miteinander verbunden sind«, lenkte Rößler die Aufmerksamkeit auf die Vielschichtigkeit, die die Region zu bieten hat, und versäumte es auch nicht, auf die herausragende Bedeutung des mittelalterlichen Bergbaus für die Entwicklung Sachsens zum »mitteleuropäischen Wirtschafts-, Kultur- und Handelszentrum« hinzuweisen.

»Das Erzgebirge ist mehr als die Wiege der Männelmacher«, brachte es Landrat Frank Vogel auf den Punkt. Vor den mehr als 150 Gästen, unter ihnen zahlreiche Landtagsabgeordnete, die sich im Bürgerfoyer dicht an dicht drängten, nutzte der Chef des Erzgebirgskreises die Ausstellungseröffnung, um ein

flammendes Plädoyer für seine Heimat und ihre Vielseitigkeit zu halten. Ob erzgebirgische Volkskunst, Bergbautraditionen, sportliche Höchstleistungen – neben den bekannten Wintersportarten u. a. auch im Fußball oder Ringen –, die hohe Industriedichte, preisgekröntes Modedesign aus Schneeberg oder die Bedeutung als Musikregion, Stichwort Musikfest Erzgebirge: »Wer sich diese Ausstellung aufmerksam anschaut, wird das Erzgebirge anschließend mit anderen Augen wahrnehmen.«

Lebendiges Kunsthandwerk

Die Gäste der Vernissage hatten zudem Gelegenheit, Profis bei der Ausübung traditioneller Kunsthandwerke wie Klöppeln, Spanbaumstechen oder dem filigranen Bemalen kleiner Holzkunstwerke aus nächster Nähe über die Schulter zu schauen.

Wessen Interesse über das bloße Zuschauen hinaus geweckt wurde, der konnte vor Ort weiterführende Informationen z. B. zu Klöppelkursen oder zur Ausbildung an der 1995 wiedereröffneten Holzspielzeugmacher- und Drechslerschule in Seiffen erhalten.

Höhepunkt der Präsentation des Erzgebirges in der Landeshauptstadt war der erzgebirgische Tag der offenen Tür am 29. November, zu dem die Veranstalter mit unterhaltenden und kurzweiligen Programmen die Vielfalt des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Erzgebirgskreises veranschaulichten.*

»Sachsen und seine Regionen – voller Reichtum, voller Herz!«

Die Schau des Erzgebirgskreises ist Teil der Ausstellungsreihe »Sachsen und seine Regionen –





der Männelmacher«



voller Reichtum, voller Herz«, die der Sächsische Landtag gemeinsam mit der TU Chemnitz entwickelt hat. »Wir bieten damit den Regionen ein ideales Podium, ihre Leistungen in Geschichte und Gegenwart zusammen mit Visionen für die Zukunft einem großen Publikum vorzustellen«, erläutert Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller die Idee der Ausstellungsreihe. »Als mir der Präsident des Sächsischen Landtags die Idee vorstellte, war ich sofort überzeugt, dass wir diese Chance nutzen werden, um unsere Vielschichtigkeit, aber auch unsere Visionen zu zeigen«, verriet Landrat Frank Vogel bei der Eröffnung der Ausstellung. »Sie fördert die sächsische Identität und regionale Vielfalt.«



Nach dem Vogtlandkreis und der gemeinsamen Vorstellung der Landkreise Görlitz und Bautzen präsentiert sich der Erzgebirgskreis mit der Ausstel-

lung »Der Erzgebirgskreis – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat« noch bis zum 23. Januar 2015 im Sächsischen Landtag. Die Schau ist montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. An Feiertagen und Wochenenden bleibt die Ausstellung geschlossen.

* Die Veranstaltung fand nach Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe statt.

Sächsische Landtagsgeschichte

Landtagshistoriker präsentieren ihre Arbeit auf internationaler Tagung in Wien



// Besuch des Niederösterreichischen Landtags

Das Team von jungen Historikern, das derzeit die Geschichte der Sächsischen Landtage erforscht, war im September zu einer internationalen Tagung nach Wien eingeladen. Dort konnten drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von Projektleiter Prof. Dr. Uwe Israel begleitet wurden, ihre Forschungsergebnisse einem international besetzten Fachpublikum vorstellen. Die Historiker aus aller Welt lobten

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als »Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage« vor. //

durchweg, dass der Sächsische Landtag sich für die Erforschung der eigenen Geschichte engagiert und dazu ein Graduiertenkolleg fördert. Nach Wien geladen hatte die internationale Vereinigung der Landtags-, Parlaments- und Ständehistoriker, ICHRPI.

In einer internationalen Gruppe von Forschern aus Norwegen, Italien, Irland und

Deutschland stellte zunächst Caroline Förster die Ergebnisse ihrer Dissertation zum Sächsischen Landtag nach 1990 vor. Den Transformationsprozess nach 1990 in Sachsen erläuterte die Historikerin aus einem neuen Blickwinkel, da sie für ihre Arbeit Politiker, Mitarbeiter der Verwaltung und Journalisten befragt hatte. Die im Publikum versammelten Forscher in-

teressierten sich unter anderem für die methodischen Fragen dieser sächsischen und zeithistorischen Perspektive.

Zwischen den Kriegen

Die Zeit zwischen den Weltkriegen stand im Fokus einer weiteren Sektion, in der Janosch Pastewka einen Einblick in sein laufendes Projekt zur Geschichte des Sächsischen Landtags in der Weimarer Republik gab. Um die Repräsentationsaufgaben des Parlamentes zu analysieren, nutzte er als Beispiel eine Debatte aus dem Jahr 1919,

www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte



findet großen Zuspruch

in der es um die Einsetzung eines Staatspräsidenten ging. Seine These, dass dieser, wäre er eingesetzt worden, möglicherweise eine Stabilisierung des politischen Systems zur Folge gehabt hätte, regte insbesondere die italienischen und englischen Forscher zu einer Diskussion an.

Dr. Silke Marburg präsentierte ihr Habilitationsvorhaben in der Sektion »Frühe Neuzeit«. Mit ihrem Beitrag zu Beschwerdeschriften des Landtags, den sogenannten Gravamina, fand sie große Aufmerksamkeit durch das hochkarätig besetzte wissenschaftliche Publikum. Nicht zuletzt deswegen, weil diese Form der landständischen Kommunikation bisher noch kaum wissenschaftlich betrachtet worden war.



// Dr. Silke Marburg spricht über das landständische Beschwerdewesen // Fotos: Höbelt, ICHRPI



// Caroline Förster gibt einen Einblick in die Geschichte des Sächsischen Landtags nach 1990

Neben den sächsischen Vertretern stellten weitere Historiker ihre Forschungsergebnisse zur Landtags-, Parlaments- und Ständegeschichte vor. Das Leitthema der Konferenz war der Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. Die Bedeutung der Parlamente in diesem Konflikt stand daher in einer weiteren Sektion auf der Tagungsordnung. Beiträge aus Italien, Griechenland, Polen und Deutschland spiegelten dabei die enorme Bandbreite der Forschung sowie die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den einzelnen Ländern wider.

Zeitliche Vergleiche

Auch Themen, die zeitlich im Mittelalter angesiedelt waren, kamen zur Sprache. Neben einem Überblick über die sehr ausdifferenzierte Geschichte der Parlamente des 13. und 14. Jahrhunderts in Spanien, Portugal, Italien und Deutschland wurden auch Aspekte der Geschichte der Repräsentation

im 17. Jahrhundert in Großbritannien, Irland und Schottland näher beleuchtet.

Für die Teilnehmer aus Sachsen war es sehr fruchtbar, diese europäischen Perspektiven kennenzulernen und ihre eigenen Erfahrungen mit denen der Kollegen aus ganz Europa zu teilen. Der internationale Austausch und die anregenden Diskussionen brachten den Landtagshistorikern Impulse für die laufenden Forschungsvorhaben. Keinen historischen, dafür aber einen aktiven Landtag konnten die Wissenschaftler anschließend selbst begutachten. Am Rande der Tagung bestand für die Forscher die Möglichkeit, den Niederösterreichischen Landtag in St. Pölten zu besichtigen. Eine Führung sowie ein Gespräch mit dem Direktor des Landtags gaben einen interessanten Einblick in den Alltag des Parlaments.

Nach dem Erfolg in Wien und der internationalen Anerkennung seiner Arbeit zur Erforschung der sächsischen Landtage ist das Kolleg aufgefordert, auch im nächsten Jahr mit aktuellen Beiträgen zur sächsischen Landtagsgeschichte vertreten zu sein.



// Janosch Pastewka stellt sein Forschungsvorhaben zur Zeit der Weimarer Republik vor

Zur ICHRPI

Die ICHRPI ist eine Vereinigung von über 200 Historikern aus über 30 Ländern. Neben der Ausrichtung der jährlichen Konferenz fungiert die Kommission als Herausgeber der Fachzeitschrift »Parliaments, Estates and Representation«, in der aktuelle wissenschaftliche Debatten über Parlaments- und Ständegeschichte veröffentlicht werden.

In Wien trafen die Wissenschaftler zum 65. Mal zusammen. Das nächste Treffen richten die Historiker aus Großbritannien aus, die 66. Tagung wird im September 2015 in London stattfinden.

www.ichrpi.com



Ausstellung »DER ERZGEBIRGSKREIS – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat«

Seit November 2014 präsentiert sich der Erzgebirgskreis im Rahmen der Ausstellungsreihe »Sachsen und seine Regionen – voller Reichtum, voller Herz« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Die Ausstellung »DER ERZGEBIRGSKREIS – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat« wird noch bis zum 23. Januar 2015 zu sehen sein.

Der Ausstellungsbereich des Sächsischen Landtags kann jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 10:00 bis 18:00 Uhr besichtigt werden. An Wochenenden und Feiertagen bleibt das Bürgerfoyer geschlossen. Der Eintritt ist frei.

7.11.2014: Deutsch-polnischer Kongress



// V.l.n.r.: Prof. Rita Süßmuth, Andrea Dombois, Lech Wałęsa, Dietmar Nietan, Markus Schlimbach, Dr. Dietmar Woicke // Foto: Mario Schmidt, Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen

Am 7. November fand unter Schirmherrschaft von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Eröffnungsveranstaltung der 23. Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (DPG) statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde der DIALOG-Preis 2014 an Lech Wałęsa und den Internationalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße verliehen. In Vertretung des Landtagspräsidenten begrüßte Andrea Dombois, die am 12. November erneut zur Ersten Vizepräsidentin des Landtags gewählt wurde, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung und wirkte an der Preisverleihung mit.

Die Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtags wird 20.

Für das sächsische Parlament und die parlamentarische Demokratie in Sachsen ist sie unverzichtbar. In diesem Jahr feiert die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtags (VeMdl) ihr 20-jähriges Bestehen. Am 5. Dezember steigt dazu die große Party.

Hans Heinz Lehner (wir berichteten) steht dem sechsköpfigen Präsidium der Vereinigung als Präsident vor. Die am 15. September 1994 gegründete Vereinigung ist längst zur Institution geworden. Sie rekrutiert sich – so sieht es die Satzung vor – ausschließlich aus den Reihen derer, die als Landtagsabgeordnete im Freistaat nicht mehr tätig sind. Sie alle zahlen Beiträge und finanzieren so die regelmäßigen Treffen und natürlich »einen Jahresausflug«.

»Wir mischen uns ein – nicht aggressiv und anmaßend, sondern beratend, in jedem Fall zurückhaltend«, kann Präsident Lehner zitiert werden und hat dabei alle Mitglieder im Blick. Schließlich trügen sie dazu bei, die so notwendigen Kommunikationsstrukturen unter den Abgeordneten weiter auszubauen.

Die Redaktion des Landtagskuriers wünscht der Vereinigung viel Erfolg und stets ein gutes Händchen bei der weiteren vor ihr liegenden Arbeit.

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

17./18.12.2014
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Veranstaltungen, Besucherdienst und Publikationen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Katrin Lindner, Christin Morgenstern, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö Grafik, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 14.11.2014.

Gastautoren: Caroline Förster, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Prof. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Toni Willkommen (Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)